



EUROPÄISCHE FREIDENKER VEREINIGUNG

info@aepl.eu

Newsletter Nr. 69
September 2016

Wohin geht die Türkei?

Eine geopolitische Analyse

Der Gipfel für einen Tyrannen ist, in der Lage zu sein, sein Volk davon zu überzeugen, dass er kein Tyrann ist.

Joseph Bonkowski

Dies ist nicht das erste Mal, dass das EFVD einen Newsletter der Entwicklung der Türkei gewidmet hat. Aber die Ereignisse dieses Sommers zwangen uns, mit größter Besorgnis darauf zurückzukommen. Es ist jedoch wichtig zu erkennen, dass die Situation sowohl innerhalb als auch außerhalb der Türkei äußerst komplex und fließend ist, was uns um die Zuverlässigkeit von Quellen fürchten lässt. Das sollte uns nicht hindern, es zu versuchen.

Nach dem Putschversuch in der Nacht vom 15. Juli hat der Präsident Recep Tayyip Erdogan eine Säuberung von bisher ungekanntem Umfang gestartet: 60 000 Beamte entlassen (1500 Hochschullehrer, 15 200 Lehrer, 2755 Richter, mehr als ein Viertel der Armee Generäle) 50.000 Personen den Pass entzogen; 45 Zeitungen und 16 Fernsehkanäle, 3 Nachrichtenagenturen, 23 Radiostationen, 29 Verlage geschlossen.

120 Manager und Führungskräfte der großen Unternehmen, zahlreiche NGOs, viele Intellektuelle und Schriftsteller befinden sich im Visier der Macht, zuletzt wurde die

türkische Schriftstellerin Asli Erdogan verhaftet, die Galionsfigur der zeitgenössischen türkischen Literatur.

Alle werden beschuldigt oder verdächtigt, auf die eine oder andere Weise entweder zu den Netzen des Imam Fethullah Gülen (die türkische HIZMET Bewegung) zu gehören oder sie zu unterstützen, dem Präsident Erdogan die Drahtzieherschaft des gescheiterten Staatsstreiches vorwirft und sie sind daher, wie er, potenziell "Terroristen".

Wie die gigantische Kundgebung (mindestens 1 Million Menschen, lt. Veranstalter 5 Millionen) am Sonntag, den 7. August in Yernikapi in der Nähe von Ankara demonstrierte, gelang es ihm, einen großen Teil der türkischen Öffentlichkeit zu überzeugen, dass F. Gülen von der CIA unterstützt würde und diese ihm geholfen hätte, im Jahre 1999 Zuflucht in den Vereinigten Staaten zu finden.

Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten äußerten sich sofort besorgt über das beispiellose Ausmaß der Säuberungsaktion. Sie waren überrascht, dass so viele verdächtige Personen, die in irgendeiner Weise an dem Staatsstreich beteiligt gewesen sein sollen, so schnell identifiziert werden konnten. Zahlreich sind die westlichen Führer, die in dieser Repression, dieser „Hexenjagd“ in den Worten Erdogans eine neue Stufe des autoritären Abdriftens sehen.

Dieser beklagte sehr schnell einen Mangel an Unterstützung aus dem Westen, obwohl alle den Putschversuch in den Stunden nach seinem Bekanntwerden verurteilt und an die Achtung der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie appelliert haben. Es ist wahr, dass Kanzlerin Merkel in ihrer ersten Veröffentlichung ihre Unterstützung nicht ausdrücklich an R.T. Erdogan gerichtet hat, sondern vielmehr an die gesamte Bevölkerung und alle demokratischen türkischen Institutionen.

Präsident Erdogan dagegen begrüßte die persönliche Unterstützung, und erhielt diese sofort per Telefon von Präsident Putin. Viele andere Äußerungen und aufsehenerregenden Aussagen seit der Nacht des 15. Juli (Der Westen hat für die Putschisten und Terroristen Partei ergriffen) und vor allem die vom 7. August führen nun zu der Frage: Kehrt die Türkei dem Westen den Rücken zu, um sich mit Russland zu verbünden? Gibt es einen strategischen Wendepunkt in der türkischen Geopolitik? Oder sucht sie vor allem sich die Mittel zu verschaffen, eine führende Rolle im Nahen Osten zu spielen? Und vor allem, wie beeinflussen diese Ereignisse und Entscheidungen, die sowohl für die Innen- als auch Außenpolitik relevant sind, die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei in Bezug auf die Beitrittsverhandlungen oder die Umsetzung des Abkommens vom 18. März 2016 zur Aufnahme von syrischen oder irakischen Flüchtlingen? Für einen Versuch, auf diese Fragen zu antworten, müssen wir die jüngsten Verlautbarungen über Positionen der Türkei, diktiert von ihrem Präsidenten, untersuchen.

- Die zunehmende Positionierung von deutlich national-islamistischen Sunniten in ihrem Regime. In Anbetracht der extremen Spannungen zwischen den Sunniten und Schiiten in mehreren Ländern des vorderen und mittleren

Ostens, gewalttätig und oft blutig, wird diese Positionierung gegen ihre dominant schiitischen Nachbarn (natürlich Iran aber auch Irak) weder den Dialog, geschweige denn die Aussöhnung mit ihnen erleichtern.

- Die Positionierung angesichts der Zukunft Syriens:
Im Gegensatz, zumindest bis jetzt, zu Russland, das als wichtigster Verbündeter und Unterstützer von Bashar al-Assad in Gesellschaft des Iran, unterstützt Präsident Erdogan die syrische Opposition und verurteilt nachdrücklich, zumindest in seinen Reden, die von den legitimierten Streitkräften Bashar al-Assads an den oppositionellen Syrern begangenen Verbrechen.

- Die Positionierung gegen den selbsternannten islamischen Staat (IS oder DAESH):
Im Gegensatz zur Koalition engagierter Staaten im Kampf gegen den IS unter amerikanischer Führung verhindert die Türkei seit 2014 eine klare Haltung gegenüber den Jihadisten, vor allem, um die Errichtung kurdischer Bastionen vor ihrer Haustür zu verhindern. So erbrachten zwei türkische Journalisten (inzwischen zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt) den Nachweis der bewaffneten Unterstützung von islamistischen Gruppen in Syrien durch Ankara.
Im Oktober 2014 beobachtet die türkische Armee, ohne zu intervenieren, die Eroberung der kurdischen Stadt Kobane an der türkisch-syrischen Grenze durch die Jihadisten.
Die Veröffentlichung einer Reihe von Satellitenbildern von Tanklastwagen an der türkisch-syrischen Grenze durch die Russen führen zu der Anschuldigung, dass „Präsident Erdogan und seine Familie in den illegalen Handel mit Öl verwickelt sind“. Diese Mehrdeutigkeit wird von Russland verbreitet, nachdem er oft kritisiert worden ist, dass Ziele seiner Luftwaffe Gegner des Assad-Regimes seien und nicht Jihadisten. Durch das jüngste Eingreifen eines Teiles der türkischen Armee auf syrischem Territorium zur Befreiung von Jarablos, einer syrischen Grenzstadt, kann man sich die gleiche Frage stellen, ob es darum ging, den IS zurückzudrängen oder darum, die syrisch-kurdischen Truppen zu schwächen, die dahin tendieren, sich westlich des Euphrat niederzulassen, und so einen Schritt in der Errichtung eines unabhängigen Kurdistan an seinen Grenzen zu verhindern.

- Bis zum Jahr 2013 hegten die Amerikaner und Europäer die Hoffnung, die Türkei würde eine wichtige Rolle in der Stabilisierung des Nahen Ostens spielen. Aber das harte Durchgreifen, das dem Protest seiner Gegner mit der Zerstörung im Istanbuler Gezi-Park folgte, von R.T. Erdogan bereits als „Putschversuch“ qualifiziert, verriet die schweren inneren Spannungen und die Instabilität des Landes.

- Im selben Jahr 2013 äußert sich die Gemeinschaft/das Netzwerk des Fethullah Gülen sehr kritisch gegen die Außenpolitik Erdogans, geht offen in Widerspruch und veröffentlicht vernichtende Dokumente, die die breit angelegte Korruption Erdogans und seiner Familie sowie mehrerer seiner Minister beweisen. Dieser Bruch führte sicherlich dazu, dass Erdogan angesichts dieser Offenbarungen vier Minister opferte, aber auch zur Verhaftung, Versetzung oder Entlassung von rund 15.000 mutmaßlichen Anhängern des Fethullah Gülen in der Verwaltung (das HIZMET Netzwerk), die besonders einflussreich sind in den Ministerien für Bildung, Justiz und Verteidigung. Er verschaffte sich auch die Kontrolle über die Gemeinschaftsbank (Asya Bank) sowie über mehrere Unternehmen und seine Medien. Wie man sieht, datiert sich der Wille zum Netzwerkkabbau des Imam Gülen nicht auf den gescheiterten Putsch vom 15. Juli 2016.

- Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und der NATO: Sehr bald nach dem Putschversuch beschwerte sich Präsident Erdogan über den Mangel an Unterstützung von Präsident Obama. Im jüngsten Interview mit der Zeitung Le Monde vom 08. August 2016 erklärt er: „Ich hatte gehofft, dass US-Beamte stärkere Worte hätten und früher in die Türkei kommen würden. Leider ist das nicht so passiert.“ Im selben Interview beklagte Präsident R.T. Erdogan, dass die Vereinigten Staaten sein Auslieferungsersuchen bezüglich des Imam Fethullah Gülen, den er als „Chef der Terrororganisation“ bezeichnete, noch nicht positiv beantwortet haben trotz der 85 Kisten mit Dokumenten, die er in die Staaten geschickt hat, um seine Anschuldigungen, den Putschversuch angezettelt zu haben, zu beweisen. In einem Versuch Spannungen abzubauen, hat Präsident Obama beschlossen, Anstelle seines Staatssekretärs John Kerry am Mittwoch, dem 24. August 2016 seinen Vize-Präsidenten Joe Biden in die Türkei zu schicken. Mit dieser Verschlechterung seiner Beziehungen zu den Vereinigten Staaten einerseits und dem Besuch vom 9. August bei „seinem Freund Putin“ in St. Petersburg andererseits könnte man geneigt sein, an eine Reihe von erpresserisch gefärbter Aussagen zu glauben, die zeigen, „dass diese Situation unserer strategischen Partnerschaft schaden kann“. Allerdings, wie so oft, werden die Reden Präsident Erdogans sofort vom neuen Premierminister Binali Yildirim differenziert: „Die Vereinigten Staaten sind unser strategischer Partner, nicht unser Feind.“ In der Tat hat die Türkei enorme Vorteile von ihrer Mitgliedschaft in der NATO, ganz so, wie die NATO auf diese strategische Allianz zählt und die Augen vor seinem Abdriften verschließt.

- Rufen wir uns an die multilaterale Verankerung der Türkei im Westen in Erinnerung: Gründungsmitglied der UNO 1945, der NATO gehört die Türkei seit 1952 an und der OSZE seit 1973. Sie trat dem Europarat 1949 bei und wurde 1963 assoziiertes Mitglied der EWG. Die Türkei ist auch Gründungsmitglied der OECD seit 1960, wurde 1995 Mitglied der

Welthandelsorganisation (WTO) wie auch der G20 1999, wo sie 2015 die Präsidentschaft innehatte.

- Die Verbindungen mit der Europäischen Union: Die Beitrittsverhandlungen und das Flüchtlingsabkommen vom 18. März 2016: noch in seinem Interview mit dem Le Monde am 8. August beklagte Präsident Erdogan, dass während des Putschversuches „der Westen die Türken allein gelassen hat“, „Die westliche Welt befand sich im Widerspruch zu ihren Werten, die sie verteidigt. Sie muss solidarisch sein mit der Türkei, die sich ihrer demokratischen Rechte bemächtigt hat“. Messen wir die Kluft, die die Aussagen der Europäischen Analyse über den Umfang und die Rechtfertigung der Säuberungen nach dem gescheiterten Staatsstreich trennt und auch jene, die in den Verhandlungen über den Beitritt der Türkei wächst.

Nach dem Assoziierungsabkommen von 1963 werden erst im Jahr 1999 offiziell die Verhandlungen über die Mitgliedschaft eröffnet, diese werden 2006 wieder aufgenommen, sind aber ins Stocken geraten. Lediglich ein einziges neues Kapitel (Kap. 33 über die Bestimmungen von Finanzen und Haushalt) ist gemäß dem Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei, für welches die Kommission dem Rat den Entwurf eines gemeinsamen Standpunktes zur Verhandlung am 29. April 2016 vorgelegt hat, offen.

Das angebliche Haupthindernis für den Beitritt der Türkei war lange die Zypernfrage, die an erster Stelle von Griechenland und Zypern geltend gemacht wurde. Sie (die Türkei) besetzt seit 1974 37% des Territoriums der Nordinsel und ist die einzige, die die selbsternannte „Türkische Republik Nordzypern“ anerkennt und unterstützt. Nur die Wiedervereinigung Zyperns würde dieses große Hindernis für den Beitritt beseitigen. Beide Seiten arbeiten daran, aber die Einigung ist schwierig. Nach der Verbesserung seiner Beziehungen zur Türkei und mehrerer bilateraler Abkommen unterstützt nun Griechenland den Beitrittsprozess, verlangt aber die Erfüllung aller Bedingungen einschließlich der Normalisierung der Beziehungen zu Zypern, aber auch die Erfüllung aller Kriterien für eine Mitgliedschaft, wie sie durch den Europäischen Rat von Kopenhagen 1993 festgelegt wurden. Neben wirtschaftlichen, administrativen und institutionellen Kriterien enthalten diese politische Kriterien: Stabile Einrichtungen, die die Demokratie garantieren, die Rechtsstaatlichkeit, die Einhaltung der Menschenrechte sowie die Akzeptanz von Minderheiten und ihren Schutz. Das hat die Türkei bis heute nicht erreicht! Tatsächlich erfordert die Wahrheit zu sagen, dass die Mehrheit der Mitgliedsstaaten gegen den Beitritt der Türkei für eine lange Zeit, wenn nicht für immer, ist. Frankreich zum Beispiel hat sich verpflichtet, ein Referendum abzuhalten für den Fall, dass die Verhandlungen dazu führen die Mitgliedschaft vorzuschlagen, wohl wissend, dass die französische öffentliche Meinung sich mit großer Mehrheit dagegen aussprechen würde. Das würde natürlich den Beitritt blockieren. Deutschland hat sich ebenfalls immer wieder gegen eine Mitgliedschaft ausgesprochen, es bevorzugt eine

verstärkte Zusammenarbeit. Seitens der Türkei wird weniger und weniger mit einer solchen Eventualität gerechnet. Die jüngsten Äußerungen Präsident Erdogans, die die Europäische Union als „die einzig Verantwortliche und Schuldige“ für die Stagnation der Verhandlungen bezeichnen, machen deutlich, dass er sich kaum noch Illusionen hingibt. Vor diesem Hintergrund winkt er skrupellos mit der Wiedereinführung der Todesstrafe, die alle EU-Führer zu Recht als rote Linie bezeichnet haben (wie auch die Beachtung aller anderen Artikel der Charta der Grundrechte der Europäischen Union), deren Überschreitung die sofortige Einstellung der Beitrittsverhandlungen zur Folge hätte.

In Bezug auf das Rücknahmeabkommen und das Versprechen der Visa-Freiheit für türkische Staatsbürger, die in die EU reisen wollen, zögerte der Präsident nicht mit der Drohung „Wenn unsere Forderungen nicht erfüllt werden, wird eine Rücknahme nicht mehr möglich sein“. Der Strom der Flüchtlinge, die aus Syrien und dem Irak fliehen, scheint quasi zum Erliegen gekommen zu sein, im Juni 2016 (47 Migranten pro Tag gegenüber 1.740 noch davor) betrug die Zahl der Zurückweisungen von Griechenland in die Türkei und die Verlagerung von der Türkei in die EU bis jetzt kaum mehr als 500 Flüchtlinge. Deshalb kann man sich fragen, was den wahren Umfang der Bedrohung durch den Zugang von Migranten aus der Türkei nach Griechenland darstellt.

Aber es ist beruhigend, dass, obwohl die EU sich ihrerseits bereits mit 2,155 Milliarden € von geplanten drei Milliarden € für „Erleichterungen der Flüchtlinge in der Türkei“ engagiert, um Flüchtlingen und Gastgemeinden zu helfen, sie sehr fest auf der Wahrung aller 72 Kriterien über die Sicherheit ihrer Grenzen und Grundrechte beharrt, die die Türkei vor der eventuellen Aufhebung der Visumpflicht zu erfüllen hat. Bzw. sieben dieser Kriterien sind nur teilweise erfüllt, wie „die Einführung biometrischer Pässe, Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption und zum Datenschutz einzuleiten, eine Vereinbarung mit der Europäischen Agentur für polizeiliche Zusammenarbeit "Europol“ und vor allem „die Revision der zu weit von europäischen Standards entfernten türkischen Anti-Terror-Gesetzgebung“. Das Europäische Parlament und die Kommission scheinen nicht bereit zu sein, der türkischen Erpressung nachzugeben.

Vorläufiges Fazit

Angesichts der Neigung ihres Präsidenten, an der Macht seit 2003 ob als Premierminister oder Präsident, mehr und mehr das Abdriften in den Autoritarismus zu betonen, scheint die Türkei sich der Europäischen Union nicht nähern zu können oder auch zu wollen. In der Tat, die Möglichkeiten, die Erdogan wählt zur Lösung seiner internen Konflikte mit den „Terroristen“ oder die außenpolitischen Verlautbarungen bringen die Türkei dazu, sich trotz seiner aufeinanderfolgenden Wahlerfolge von europäischen Werten zu entfernen, nicht nur in Bezug auf die freie Meinungsäußerung und die Gleichstellung von Mann und Frau, sondern auch die Demokratie selbst. In der gleichen Weise, wie die Islamisierung der Gesellschaft und des Staates zunimmt, umso schwieriger wird

die Einhaltung eines der Grundwerte der modernen Türkei Atatürks, die Erfüllung der Laizität.

Man kann sich ebenso ernsthaft Sorgen machen über die „Sultanisierung“ des Präsidenten, der sich einen Palast mit mehr als 1.000 Zimmern gebaut hat (der größte Präsidentenpalast der Welt, mit seinen rd. 300.000 qm so groß wie viermal Versailles. Auf der anderen Seite erscheint es unwahrscheinlich, dass die Türkei die NATO und damit seine zahlreichen Verbindungen zur westlichen Welt zu verlassen plant, um sich einer unwahrscheinlichen Allianz mit Russland und dem Iran zuzuwenden. Wir können wohl über den schrittweisen Verzicht auf die Idee der Zugehörigkeit zur Europäischen Union sprechen, aber nicht von einer geopolitischen Revolution. Der Traum Präsident Erdogans, wie die alten Sultane einen erheblichen Einfluss auf den Nahen Osten zu haben, ist vielleicht der, den er aktuell am aktivsten verfolgt.

Der Verwaltungsrat des EFVD